Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8282**

16. Wahlperiode 26. 02. 2008

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/8008 –

Antimuslimischer Rassismus und Rechtsextremismus

Vorbemerkung der Fragesteller

In populistischen und rassistischen Kampagnen gegen „den Islam“ sieht die extreme Rechte – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland – aktuell ein Erfolgsrezept für ihre Propaganda. Solche Kampagnen sollen als Eintrittsticket von Rechtspopulisten und Rechtsextremen zur politischen Mitte dienen. So konstatierte die Studie „Deutsche Zustände 2006“ des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer eine „steigende Islamophobie“ in der Bundesrepublik Deutschland auch unter Gebildeten. Gut ein Viertel aller befragten Deutschen meinte, Muslime sollten in Zukunft nicht mehr in die Bundesrepublik Deutschland zuwandern. Die Abwehr gegen den Islam zieht sich der Studie zufolge durch alle Schichten (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,455473,00.html).

Statt der platten Parole „Ausländer raus“ wird der Rassismus rechter und rechtsextremer Gruppen oft hinter populistischen Parolen wie Verteidigung der „deutschen Leitkultur“ und des „christlichen Abendlandes“ gegen „Islamisierung“ und „Moscheebau“ versteckt. So hieß es in einem Demonstrationsaufruf der NPD in Hessen zum 20. Oktober 2007: „Stoppt die Islamisierung Deutschlands – Keine Großmoschee in Frankfurt-Hausen!“ (http://www.kleve.npd.de).

In Berlin versuchte die NPD, innerhalb der Protestbewegung gegen den Moscheebau in Heinersdorf ihre Positionen zu artikulieren.

Die vom Kölner Ratsherr der extrem rechten Gruppierung „Pro Köln“ Manfred Rouhs gegründete Partei „Pro NRW“ mit Ablegern in fast einem Dutzend nordrhein-westfälischen Kommunen will sich als „Anti-Islam-Partei“ etablieren. In München macht eine „Bürgerbewegung Pro München“ Wahlkampf mit dem Widerstand gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Sendling. Die im Januar 2005 gegründete „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ unter dem Vorsitz von Pro-Köln-Ratsherr Manfred Rouhs dient als bundesweiter Dachverband dieser Gruppierungen. Wo keine neuen Moscheen geplant seien, werde halt gegen die bestehenden gekämpft, erklärte Pro-NRW-Funktionär Markus Beisicht. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hält einen Erfolg der antiislamischen Kampagne von „Pro NRW“ und ähnlichen Gruppierungen für möglich und glaubt, dass diese im Westen der Bundesrepublik Deutschland bei Wahlen die NPD überflügeln könnten (Spiel mit der Angst, DER SPIEGEL 1/2008).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 22. Februar 2008 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Gegen Moscheenbau in der Bundesrepublik Deutschland engagiert sich auch der als Dachverband entsprechender Bürgerinitiativen gegründete Bundesverband der Bürgerbewegungen zur Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten (BdB e. V.).

Neben parteipolitischen Projekten mit explizit antiislamischer Ausrichtung und Bürgerinitiativen gegen Moscheeneubauten gibt es eine zunehmende Zahl islamkritischer Internetseiten, auf denen häufig in rassistischer, beleidigender, hasserfüllter und oft gewaltverherrlichender Weise gegen Muslime und den Islam sowie generell gegen Migranten aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens gehetzt wird. Insbesondere das Weblog „Politically Incorrect“ (http://www.pi-news.net/) ist mit seinen nach eigenen Angaben 10 000 bis 20 000 täglichen Besuchern zu einem zentralen Forum der Islamhasser in der Bundesrepublik Deutschland geworden. So malen sich Kommentatoren des Blogs aus, H-Bomben über Mekka und Medina abzuwerfen, nachdem sie „jeden Moslem, der sich anmaßt, ehemals christlichen Boden mit seiner Existenz zu beflecken“, niedergemacht haben (Freier Hass für freie Bürger, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21. Oktober 2007).

1. Welchen Stellenwert hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Agitation gegen Muslime, den Islam oder Moscheeneubauten bei Rechtsextremen in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Organisationen aufschlüsseln)?

Das Thema „Moscheenneubauten“ wird in der rechtsextremistischen Szene als Aufhänger genutzt, um Angst vor Islamisierung und damit generell vor Überfremdung zu schüren.

2. Trifft nach Einschätzung der Bundesregierung die von der Studie „Deutsche Zustände 2006“ ausgemachte „steigenden Islamophobie“ in der Bundesrepublik Deutschland zu?

   a) Wenn ja, sieht die Bundesregierung darin eine Gefährdung des öffentlichen Friedens, des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und des Grundrechts auf Religionsfreiheit?

   b) Wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen eine anwachsende Islamophobie in der Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen?

Die Studie ist hier bekannt. Die Bundesregierung verfügt über keine eigenen Erkenntnisse.

3. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Beteiligung rechtsextremer Gruppierungen an Bürgerinitiativen und Protesten gegen den Bau von Moscheen in der Bundesrepublik Deutschland (bitte aufschlüsseln nach Ort, Anlass, Zeitpunkt, beteiligten Gruppierungen)?

Unter dem Motto „Kein Multikulti in Bergedorf“ fand am 10. Februar 2007 eine von dem Rechtsextremisten und Spitzenkandidaten der DVU für die in Kürze stattfindende Bürgerschaftswahl in Hamburg, Matthias Faust, angemeldete Kundgebung gegen den geplanten Moscheenbau in Hamburg-Bergedorf statt. Es nahmen ca. 50 Personen der rechtsextremistischen Szene – vor allem aus dem neonazistischen Spektrum – an dieser Veranstaltung teil. Als Redner traten Anja Zysk (NPD Landesvorsitzende Hamburg), Adolf Damman (stv. NPD-Landesvorsitzender Niedersachsen) und der Hamburger Neonazi Christian Worch auf.

Die in Hamburg aktive und von dortigen Neonazis dominierte „Bürgerinitiative für ein sicheres Bergedorf“ führte im Verlauf des Jahres 2007 eine Reihe von antiislamischen Aktivitäten im Rahmen einer Kampagne gegen einen Moscheebau im Stadtteil durch. So betreute die Bürgerinitiative am 10. März 2007 in der Bergedorfer Innenstadt einen Infostand, an dem sich ca. 40 Personen der rechtsextremistischen Szene aus Hamburg und Schleswig-Holstein beteiligten. Am 20. Oktober 2007 traten Mitglieder dieser Bürgerinitiative als Straßentheatergruppe unter dem Titel „Bergedorf 2010 – Der letzte Deutsche“ in der Fußgängerzone auf. Im Impressum der gleichnamigen Homepage (www.sicheres-bergedorf.de) wird der Hamburger Neonazi Alexander Hohensee als Verantwortlicher benannt. Dort werden als weitere Aktionen ein Infostand am 1. Dezember 2007 und eine Flugblattverteilaktion am 8. Dezember 2007 aufgeführt.

Auch die NPD nutzte in den letzten Jahren die Thematik zur öffentlichen Mobilisierung von Anhängern. Beispiele hierfür sind:

Berlin, 1. April 2006	Demonstration des NPD-Kreisverbandes Berlin-Pankow gegen den Moscheeneubau in Berlin-Heinersdorf
Wiesbaden (HE), 2. Dezember 2006	Demonstration des NPD-Landesverbandes Hessen unter dem Motto „Stoppt die Islamisierung Europas – Keine Moschee auf dem Gräselberg“
Frankfurt/Main (HE), 20. Oktober 2007	Demonstration des NPD-Landesverbandes Hessen unter dem Motto „Stoppt die Islamisierung Deutschlands – Keine Groß-Moschee in Frankfurt-Hausen“
Essen (NW), 8. Dezember 2007	Demonstration des NPD-Kreisverbandes Essen unter dem Motto „Nein zur Moschee in Essen-Altendorf“
Nidda (HE), 8. Dezember 20007	Demonstration des NPD-Landesverbandes Hessen und des Kreisverbandes Wetterau unter dem Motto „Stoppt die Islamisierung Deutschlands – Keine Moschee in Nidda“
Gelsenkirchen (NW), 9. Januar 2008	NPD-Mahnwache unter dem Motto „Kriminelle Ausländer raus – gegen Inländerfeindlichkeit“ mit Spontandemonstration

Die Bürgerbewegung „Pro Köln“ wandte sich im März 2007 in einer Initiative gegen den Fortbestand der „Abu Bakr-Moschee“ im Kölner Stadtteil Zollstock und auch die Verhinderung des Baus der geplanten Groß-Moschee in Köln-Ehrenfeld. Ferner führte „Pro Köln“ im Mai 2007 im Kölner Stadtgebiet eine Demonstration gegen den Moscheebau durch, an der rund 50 Personen teilnahmen. Eine weitere thematisch gleichgelagerte Kundgebung fand im Juni 2007 mit rund 110 Teilnehmern statt.

4. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ sowie den darin zusammengeschlossenen Gruppierungen vor?

   a) Welche einzelnen Gruppierungen oder Untergliederungen gehören nach Informationen der Bundesregierung zur Bürgerbewegung Pro Deutschland, und über wie viele Mitglieder verfügen diese?

   b) Wie ist nach Informationen der Bundesregierung das Verhältnis von Pro Deutschland zur Bürgerbewegung Pro NRW einzuschätzen?

   c) Sind der Bundesregierung Äußerungen rassistischen oder volksverhetzenden Charakters durch Funktionäre oder in Veröffentlichungen der Bürgerbewegung Pro Deutschland sowie den darin zusammengeschlossenen Gruppierungen bekannt, und wenn ja, welche, wann, und von wem?

d) Bestehen nach Erkenntnissen der Bundesregierung Kontakte der Bürgerbewegung Pro Deutschland zu rechtsextremen Einzelpersonen, und wenn ja, zu welchen?

e) Inwieweit sieht die Bundesregierung Anhaltspunkte, dass sich die Aktivitäten der Bürgerbewegung Pro Deutschland und ihrer angeschlossenen Organisationen und Äußerungen ihrer Funktionäre und Mitglieder gegen das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die Völkerverständigung oder gegen das Grundrecht auf Religionsfreiheit richten oder geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

5. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Bundesverband der Bürgerbewegungen zur Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten (BdB e. V.) vor?

a) Wie viele und welche Gruppierungen mit welcher Mitgliederzahl gehören nach Informationen der Bundesregierung dem BdB an?

b) Welche Aktivitäten des BdB sind der Bundesregierung bekannt (bitte aufschlüsseln nach Ort, Zeitpunkt, Art der Veranstaltung, Teilnehmerzahl)?

c) Sind der Bundesregierung Äußerungen rassistischen oder volksverhetzenden Charakters durch Funktionäre oder in Veröffentlichungen des BdB bekannt, und wenn ja, welche, wann, und von wem?

d) Bestehen nach Erkenntnissen der Bundesregierung Kontakte des BdB zu rechtsextremen Organisationen oder rechtsextremen Einzelpersonen, und wenn ja, zu welchen?

e) Inwieweit sieht die Bundesregierung Anhaltspunkte, dass sich die Aktivitäten des BdB und Äußerungen seiner Funktionäre und Mitglieder gegen das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die Völkerverständigung oder gegen das Grundrecht auf Religionsfreiheit richteten oder geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden?

Zum „Bundesverband der Bürgerbewegungen zur Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten“ (BDB e. V.) liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

6. Welche deutschsprachigen Internetportale, in denen in hasserfüllter, gewaltverherrlichender, rassistischer oder fremdenfeindlicher Weise gegen Muslime oder den Islam gehetzt wird, sind der Bundesregierung bekannt?

a) Welche Verbreitung haben diese Internetportale?

b) Sind der Bundesregierung einschlägige Strafverfahren gegen die Verantwortlichen dieser Internetseiten bekannt, und wenn ja, welche?

c) Inwieweit sieht die Bundesregierung eine Gefährdung des öffentlichen Friedens durch derartige Internetseiten?

Antiislamische Äußerungen finden sich im Internet auf zahllosen Homepages in Gästebüchern, Chatrooms, Diskussionsforen, Weblogs sowie Newsgroups. Primär islamfeindliche rechtsextremistische Internetportale sind nicht bekannt.

7. Inwieweit sind der Bundesregierung antimuslimische, rassistische und gewaltverherlichende Äußerungen des Internetportals Politically Incorrect bekannt?

   a) Hält die Bundesregierung derartige Äußerungen für geeignet, den öffentlichen Frieden oder das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören?

   b) Hat die Bundesregierung Kenntnis von Anzeigen gegen das Internetportal Politically Incorrect, und wenn ja, was waren die Gründe für die Anzeigen, und wie viele waren es?

Zum Internetportal Politically Incorrect liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

   c) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegen strafrechtlich relevante Äußerungen auf dem Internetportal Politically Incorrect vorzugehen?

Zu Möglichkeiten gegen strafrechtlich relevante Internetinhalte vorzugehen wird auf die Anfrage (Bundestagsdrucksache 16/6415 vom 5. November 2007) zum Thema „Rechtsextremismus und neue Medien“ und die diesbezügliche Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 16/7256 vom 22. November 2007) verwiesen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333